

Fragen

**für die Fragestunde der 53. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. September 2014**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16
Dr. Barley, Katarina (SPD)	33, 34	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 14	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	10, 11	Petzold, Harald (Havelland) (DIE LINKE.)	3
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	1, 2	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	23, 24
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	9, 46	Schauws, Ulle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 45	Spahn, Jens (CDU/CSU)	40
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	12, 13	Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5	Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	25, 26
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 32
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	12

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zu den, nach mir vorliegenden Informationen, auf der Beratung des Ausschusses der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (AStV) am 10. September 2014 erhobenen Forderungen, dass die Europäische Union mit einer Listung von Journalistinnen und Journalisten auf die neue „unkonventionelle Art der Kriegsführung“ antworten müsse?
2. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung eine Listung von Journalistinnen und Journalisten nicht mit dem Verweis auf das Grundgesetz generell abgelehnt hat, sondern nur auf die Schwierigkeit einer „Unterscheidung zwischen Journalismus und Propaganda“ verwiesen hat?
3. Abgeordneter
Harald Petzold (Havelland)
(DIE LINKE.)
Begrüßt die Bundesregierung die geplante Berufung des ungarischen Außenministers Tibor Navracsics zum neuen EU-Kommissar für Bildung, Jugend, Kultur und Bürgergesellschaft angesichts seiner „Verdienste“ um Demokratieabbau, die Einschränkung der Pressefreiheit und die staatliche Bevormundung von Kunst und Kultur in seinem Heimatland Ungarn (bitte begründen)?
4. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wann wird das von der Bundesregierung zugesagte Feldlazarett zur Unterstützung Liberias bei der Bewältigung der Ebolaepidemie geliefert, und erwägt die Bundesregierung – so wie es die Organisation Ärzte ohne Grenzen in ihrem offenen Brief an die Bundeskanzlerin sowie in Interviews (z. B. am 18. September 2014 im Deutschlandfunk) fordert –, auch das zum Aufbau und Betrieb nötige qualifizierte Personal zur Verfügung zu stellen?
5. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Ergebnisse hat die Prüfung der Bundesregierung für weitere Unterstützung aus deutschen zivilen und staatlichen Kapazitäten ergeben (vgl. www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/09/2014-09-17-ebola.html), um den von der Ebolaepidemie betroffenen Staaten Westafrikas kurzfristig zu helfen, und welche Ergebnisse hat die Konferenz am 15. September 2014 in Brüssel zur Koordinierung der Hilfsangebote der EU-Mitgliedstaaten ergeben?

6. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesregierung Schritte unter-
nommen, die in Bahrain zwischenzeitlich verhaftete,
im Land festgesetzte Menschenrechtsaktivistin
Maryam al-Khawaja, die u. a. wegen „Beleidigung
des Königs in sozialen Medien“ angeklagt wird (vgl.
[www.thetimes.co.uk/tto/news/world/middleeast/
article4192532.ece](http://www.thetimes.co.uk/tto/news/world/middleeast/article4192532.ece)), zu unterstützen, und welche
Schlussfolgerung zieht sie aus dem Umgang der
bahrainischen Regierung mit der Aktivistin für ihr
Verhältnis zu Bahrain?
7. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die in dem am
8. September 2014 im Papier „The Power these men
have over us“ von der Menschenrechtsorganisation
Human Rights Watch veröffentlichten Berichte über
Vergewaltigungen und andere Sexualdelikte durch
Soldaten der AMISOM-Einheiten der Afrikanischen
Union in Somalia ein, und welche Schritte hat sie im
Rahmen der Europäischen Union (die die Gehälter
der AMISOM-Soldaten bezahlt) unternommen, um
diese Vorfälle zu ahnden und in Zukunft zu verhin-
dern?
8. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Belgrad
Pride genehmigt bzw. mit der Begründung erneut
abgesagt wird, dass die Polizei nicht willens oder in
der Lage sei, die Teilnehmer vor Gewalt von Homo-
sexuellenfeinden zu schützen, und wie rechtfertigt
die Bundesregierung die Einstufung von Serbien als
sicheres Herkunftsland, wenn der Staat nicht willens
oder in der Lage ist, seine Bürger vor gewalttätigen
Übergriffen zu schützen?
9. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche eigenen Erkenntnisse hat die Bundesregie-
rung über mögliche Waffenlieferungen aus NATO-
Staaten an die Ukraine (siehe [http://orf.at/stories/
2245718/](http://orf.at/stories/2245718/)), und kann die Bundesregierung dabei ge-
gebenenfalls ausschließen, dass von NATO-Staaten
auch Waffen aus deutschen Waffenexporten an die
Ukraine weitergegeben werden?
10. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann die Bundesregierung bestätigen,
dass der „finanzielle Einfluss [des ukrainischen Olig-
archen] Igor Kolomojskyj auf die politische Riege
der Ukraine [es ihm] erlaubt [...], der neuen Füh-
rung des Landes praktisch seine Spielregeln zu dik-

tieren“ (www.welt.de/wirtschaft/article131480672/In-der-Ukraine-tobt-der-Krieg-der-Oligarchen.html), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

11. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse – auch nachrichtendienstliche – hat die Bundesregierung zur Finanzierung der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) bzw. „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ (ISIS) durch staatliche Behörden und/oder Einzelpersonen (www.standard.co.uk/news/world/qatari-minister-angrily-denies-claims-country-is-funding-isis-9741714.html)?
12. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Unterstützung des „Islamischen Staats“ (IS) oder von mit dem IS verbündeten Kräften durch die Türkei (beispielsweise aktiv in Form von Waffenlieferungen, Rüstungsgütern, logistischer, medizinischer oder finanzieller Unterstützung oder passiv in Form von Durchreisemöglichkeiten oder Nichtverfolgung auf türkischem Staatsgebiet), wie dies kürzlich auch das Kurdische Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit (Civaka Azad) in Frankfurt am Main berichtete (<http://civaka-azad.org/ypg-heftigste-angriffe-auf-kobane/>), und welche Konsequenzen zieht sie aus derartigen Erkenntnissen oder Berichten für die Beziehungen zum NATO-Partner Türkei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

13. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Auf welche Weise hat das Bundesministerium des Innern bzw. das ihm unterstellte Beschaffungsamt geprüft, ob der im April 2014 herausgegebene und wegen des „öffentlichen Interesses“ auch publik gemachte „No-Spy-Erlass“ überhaupt rechtlich einwandfrei ist und nicht gegen Vergaberichtlinien verstößt (bitte auch mitteilen, wer die Überprüfung vornahm und auf welche Fundstellen einschlägiger Verordnungen oder Richtlinien sich diese stützt), und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus einem Beschluss der 2. Vergabekammer des Bundes (VK 2 – 39/14) vom Juni 2014, wonach der in den europäischen Richtlinien vorgegebene Katalog der zulässigen Eignungsanforderungen bzw. der Ausschlussgründe abschließend sei und nicht durch den Auftraggeber „beliebig erweitert werden“ kann,

Bieterinnen und Bieter demnach „nicht für die allgemein geltende Rechtsordnung, der sie unterworfen sind, haftbar gemacht werden [können], ansonsten stünde die Eignungsprüfung nicht in Einklang mit rechtsstaatlichen Grundsätzen“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

14. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann und wie (bitte zu ändernde Gesetze und Verordnungen enumerativ auflisten) wird die Bundesregierung den Satz „Wir werden darauf hinwirken, dass bestehende Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität in allen gesellschaftlichen Bereichen beendet werden. Rechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechter stellen, werden wir beseitigen.“ aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD umsetzen?
15. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wo und wie genau beabsichtigt der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas, geläuterten Dschihadisten aus dem Irak und aus Syrien zu helfen (vgl. LEIPZIGER VOLKSZEITUNG vom 13. September 2014)?
16. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie genau beabsichtigt der Bundesjustizminister Heiko Maas zu erreichen, dass das Unternehmen Google Inc. in Deutschland den Algorithmus offenlegt, der die Suchergebnisse sortiert (vgl. FINANCIAL TIMES vom 13. September 2014), und welche negativen Auswirkungen hat nach Ansicht der Bundesregierung der derzeitige Zustand, wonach der Suchalgorithmus nicht offengelegt wird?
17. Abgeordnete
Ulle Schauws
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung die Prüfung, ob und inwieweit sich aus der Umsetzung des Artikels 36 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (ETS 210 – Istanbul-Konvention) gesetzgeberischer Handlungsbedarf bei den §§ 177, 179 des Strafgesetzbuchs (StGB) im Hinblick auf die Strafbarkeit nicht einvernehmlicher sexueller Handlungen besteht, noch

nicht abgeschlossen, obwohl die Bundesregierung, wie sich aus der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 18/1590 ergibt, diese Prüfung bereits seit Mai 2014 andauert?

18. Abgeordnete
Ulle Schauws
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung jetzt doch Handlungsbedarf für eine Änderung der §§ 177, 179 StGB, nachdem dies die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits mit ihrem Antrag „Artikel 36 der Istanbul-Konvention umsetzen – Bestehende Strafbarkeitslücken bei sexueller Gewalt und Vergewaltigung schließen“ auf Bundestagsdrucksache 18/1969 vom 2. Juli 2014 gefordert hat und nun auch die rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker, am 17. Juli 2014 erklärt hat, dass die „... Beim Vergewaltigungsparagrafen bestehende Gesetzeslücke dringend geschlossen werden muss“ sowie auch die Abgeordnete Eva Högl (SPD) in der „Frankfurter Rundschau“ vom 12. September 2012 erklärt hat: „Für mich ist klar, dass eine Reform noch in dieser Legislaturperiode kommt“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

19. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung im Haushaltsjahr 2015 die Praxis aus dem Jahr 2014 fortsetzen, nach der bei den Bundesämtern die Behördenausgaben pauschal um 5 Prozent reduziert werden und eventuell nicht verausgabte Mittel den jeweiligen Ämtern zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr zur Verfügung stehen (bitte jeweils begründen)?
20. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personen mit Riester-Zulageförderung haben seit dem Jahr 2002 ihren individuellen Zulageanspruch in voller Höhe geltend gemacht (bitte nach Jahren und Geschlecht differenzieren), und hält die Bundesregierung die Inanspruchnahme der Zulageförderung durch Geringverdienerinnen und Geringverdiener für ausreichend?

21. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, noch dieses Jahr den Gesetzentwurf für die Verlängerung der bis Ende 2018 befristeten Energiesteuerermäßigung für Erdgas (CNG – Compressed Natural Gas) und Autogas (LPG – Liquefied Petroleum Gas) vorzulegen?
22. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe und mit welcher Laufzeit soll die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verankerte Verlängerung der Energiesteuerermäßigung für Erdgas (CNG) und Autogas (LPG) über das Jahr 2018 hinaus erfolgen?
23. Abgeordneter
Richard Pitterle
(DIE LINKE.)
- Inwieweit plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die durch das Gesetz zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften beschlossene Erweiterung der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers bei Lieferungen von Edelmetallen und unedlen Metallen sowie von Tablet-Computern und Spielekonsolen mit einer zeitlichen Übergangsfrist zu versehen, so dass die gesetzlichen Änderungen nicht bereits zum 1. Oktober 2014 in Kraft treten, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, inwieweit die Wirtschaft zeitliche Probleme bei der Umsetzung der Änderungen im Rahmen der Buchführung hat?
24. Abgeordneter
Richard Pitterle
(DIE LINKE.)
- In welcher Gesamthöhe wird derzeit Kindergeld an Steuerpflichtige für Kinder gewährt, die sich nicht in Deutschland aufhalten, und inwieweit plant die Bundesregierung Einschränkungen bei der Zahlung des Kindergeldes für die genannte Fallkonstellation?
25. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen strebt die Bundesregierung an, um die Bereitstellung von Wagniskapital steuerlich zu fördern, und welche Erkenntnis hat die Bundesregierung darüber, in welchem Umfang eine steuerliche Förderung die Bereitstellung von Wagniskapital erhöht?

26. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die ökonomische Wirkung von Patent- und Lizenzboxen, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die ökonomische Wirkung einer steuerlichen Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

27. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft zur Vereinfachung der passiven Leistungen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) beabsichtigt die Bundesregierung in ihren Referentenentwurf aufzunehmen, und welche zusätzlichen Maßnahmen plant die Bundesregierung in ihrem Referentenentwurf zur Vereinfachung der passiven Leistungen im SGB II?
28. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung bei der Reform der Sanktionen im SGB II, und sieht die Bundesregierung verfassungsrechtliche Probleme bei den derzeitigen Sonderregeln bei den Sanktionen im SGB II für die unter 25-Jährigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

29. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, dass zwei Drittel der privat Krankenversicherten bereits innerhalb von drei Tagen einen Facharzttermin erhalten, während mehr als zwei Drittel der gesetzlich Krankenversicherten erst innerhalb eines Monats einen Termin erhalten, wie u. a. eine Erhebung von Bundestagsabgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus Nordrhein-Westfalen ergab?

30. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Sieht die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf, wenn gesetzlich Krankenversicherte drei Wochen länger warten als privat Krankenversicherte, solange sie innerhalb eines Monats einen Termin erhalten?
31. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Warum packt die Bundesregierung das Problem der großen Wartezeitenunterschiede zwischen gesetzlich und privat Versicherten nicht an der Wurzel, indem sie für ein einheitliches Honorarsystem im Rahmen einer Bürgerversicherung sorgt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

32. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwieweit haben Minderausgaben im Jahr 2014 Auswirkungen auf die Nutzung der durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) betriebenen Schiffe (bitte Detailangaben zu den Einsatzzeiten der BSH-Schiffe in den Jahren 2013 und 2014 machen)?
33. Abgeordnete
Dr. Katarina Barley
(SPD) Welche Rolle wird der barrierefreie Aus- und Umbau von Bahnhöfen in der neuen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) zwischen Bund und Deutscher Bahn AG spielen?
34. Abgeordnete
Dr. Katarina Barley
(SPD) Welche Voraussetzungen müssen nach der neuen LuFV gegeben sein, um zukünftig Mittel aus der LuFV für den barrierefreien Ausbau von Verkehrsstationen einsetzen zu dürfen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

35. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Deutsche-Bank-Experten Caio Koch-Weser, der einen CO₂-Preis von 40 Euro als nötig erachtet (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/expertenbericht-vor-klimagipfel-studie-gruenes-wachstum-ist-moeglich-13154992.html), um der Wirtschaft effektive Signale für mehr Klimaschutz zu geben, und wenn ja, welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus für die anstehende Reform des Emissionshandels?
36. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie setzt sich die Aufstockung um 130 Mio. Euro auf nunmehr 630 Mio. Euro bei der Wohngeldreform im Bundeshaushalt 2015 (Kapitel 16 06 Titel 632 01) konkret zusammen (hier insbesondere bei der Wiedereinführung der Heizkostenkomponente), und welche klimapolitische Steuerungswirkung wird damit nach Ansicht der Bundesregierung erreicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

37. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie setzen sich die im Bundeshaushalt 2014 genannten Kosten (Kapitel 30 04 Titelgruppe 80 Titel 685 80-641) für den Export der Brennelemente aus dem AVR Jülich für die „US-Option“ zusammen (bitte aufschlüsseln nach vorbereitenden Prüfaufträgen, Forschung, Transport, Lagerung, Aufarbeitung etc.), und wer trägt die Gesamtkosten?
38. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche finanziellen Zusagen wurden bisher vonseiten der Bundesregierung an das US-amerikanische Department of Energy im Zusammenhang mit einem möglichen Export der AVR-Brennelemente aus Jülich getroffen (bitte, wenn möglich, den Zeitraum angeben), und für welche Zwecke wurden bzw. werden diese Mittel verwendet?

39. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte bezüglich der Option der Errichtung eines neuen und erdbebensicheren Zwischenlagers auf dem Gelände des Forschungszentrums Jülich oder in unmittelbarer Nähe sind nach Kenntnis der Bundesregierung bisher unternommen worden, und welche Erkenntnisse haben diese Prüfungen erbracht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

40. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)
- Wer haftet nach Kenntnis der Bundesregierung für die durch den unkontrollierten Austritt von Öl aus einer Kaverne entstandenen Schäden, welche im westfälischen Gronau, in der Teile der gesetzlich festgelegten nationalen Ölreserve eingelagert sind, und für Schäden welchen Umfangs wird gehaftet?
41. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Nach welchen Kriterien will die Bundesregierung festlegen, wo es Probebohrungen für Schiefergas geben soll vor dem Hintergrund, dass die Ergebnisse des Gutachtens des Umweltbundesamtes zur Schiefergasförderung vom Juli 2014 darauf hinweisen, dass die Gegebenheiten eines möglichen Schiefergasfeldes nicht auf ein anderes übertragbar sind, und wie viele Probebohrungen sind aus Sicht der Bundesregierung notwendig, um im Jahr 2021 zu einer fachlich fundierten Neubewertung der Regelungen zum Fracking zu kommen?
42. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Aspekten unterscheiden sich die von der Bundesregierung in den Eckpunkten zum Fracking angekündigten Probebohrungen von Erkundungsbohrungen zur Vorbereitung einer kommerziellen Ausbeutung von Gaslagerstätten, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die angekündigten Probebohrungen zur Erforschung des Frackings in Schiefer- und Kohleflözgaslagerstätten nicht dazu dienen, die kommerzielle Ausbeutung dieser Lagerstätten vorzubereiten?

43. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem in New York vorgestellten sogenannten Stern-II-Bericht und der darin formulierten Erkenntnis, dass der Ausstieg aus der Kohleverstromung und ein Ende der Subventionierung von Kohlekraftwerken einzuleiten ist, und welche konkreten Schritte will sie umsetzen (bitte mit Zeitangaben)?
44. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann soll es nach Plänen der Bundesregierung einen verbindlichen Beschluss über die von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, vor der Bundespressekonferenz am 17. September 2014 angekündigten Abkehr von der internationalen Kohlefinanzierung geben, und welche konkrete Positionierung hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu diesen Plänen?
45. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, die in der Europäischen Union verbreitete Definition (gemäß der Internationalen Energieagentur – IEA) von Subventionen, wonach eine Subvention auf der Nachfrageseite dann vorliegt, wenn das inländische Preisniveau den um Transport- und Distributionskosten bereinigten Weltmarktpreis unterschreitet, breiter zu fassen und auch steuerliche Begünstigungen als Subvention auszuweisen, und welche konkreten Schritte unternimmt sie – auch als Gastgeber des G7-Gipfels 2015 – selbst, um der im Rahmen der G20 getroffenen Übereinkunft zum Abbau fossiler Subventionen Nachdruck zu verleihen?
46. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Wie genau will die Bundesregierung sicherstellen, dass Waffen, die an die Peschmerga geliefert werden, nicht weitergegeben werden trotz Endverbleibserklärung, wie bereits im Falle SIG SAUER mit Waffen für die USA geschehen, die trotz Endverbleibserklärung an die kolumbianische Polizei weitergegeben wurden?

